

»Ein Angriff auf die allgemeine Gesundheit«

Auch in Spanien klagen Verbraucher wegen gefälschter Abgaswerte gegen VW. Unterstützt werden sie von der Organisation FACUA. Gespräch mit Rubén Sánchez

Carmela Negrete

Was können VW-Kunden, die von der Abgasfälschung betroffene Modelle fahren, mit Hilfe Ihrer Organisation fordern?

Wir eröffnen Ihnen einen Weg, die Verantwortlichen von VW überhaupt vor Gericht zu bringen und in die Haftung zu nehmen. Dabei soll es auch um eine Entschädigung gehen, wobei wir aber noch nicht wissen, wie hoch diese ausfallen wird. Als Referenz dient uns die Summe, die in den USA vereinbart wurde. Momentan vertreten wir 6.000 Verbraucher, aber es können noch mehr werden. Wenn nur diejenigen entschädigt werden, die nun klagen, würde VW meiner Meinung nach zu billig damit wegkommen, denn allein in Spanien gibt es mehr als 700.000 Betroffene.

Ein Mann in Valencia hat bereits eine Klage durchgefochten. Der Konzern muss ihm 5.000 Euro zahlen. Gibt Ihnen das Hoffnung?

Ja, denn es gab bereits mehrere ähnliche Urteile. Hierzulande ist der Fall VW aber aus der öffentlichen Wahrnehmung gerutscht.

Neben den Prozessen haben Sie eine Reihe von Forderungen vor der spanischen Regierung vorgebracht, darunter die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Sache und die amtliche Untersuchung der Vorgänge bei VW durch die nationale Wettbewerbskommission CNC. Was ist daraus

geworden?

Bis jetzt gab es nur Bemühungen aus dem Industrieministerium, sich damit auseinanderzusetzen, aber auch die liegen nun auf Eis, da sie sagen, sie müssten die Ergebnisse der Strafverfolgung abwarten. Die CNC hat sich noch gar nicht geäußert. Seitens des spanischen Staats sehen wir darin keine überzeugende Antwort auf diesen VW-Skandal.

Und wie bewerten Sie die Reaktion der europäischen Autoritäten?

Absolut unheilvoll. Die EU hat bisher nur die Interessen Deutschlands und seiner Firma durchgesetzt. Brüssel hat keine Antwort auf den Skandal gegeben. Wir vermissen, dass EU-Kommissare die Rechte der Verbraucher vertreten. Die zuständige Kommissarin hat zwar zahlreiche Verbraucherschutzorganisationen eingeladen, aber das Treffen war eine Farce. Sie hat uns direkt gesagt, dass sie sich nicht dafür einsetzen werde, dass die Kunden von VW entschädigt werden.

Hat Ihre Organisation Kontakt mit VW aufgenommen, bevor Sie vor Gericht gegangen sind?

Natürlich war das unser Schritt. Aber die Firma wollte nicht mit uns verhandeln, sondern hat uns direkt an die Rechtsabteilung verwiesen. Ihre Anwälte haben bei einem Treffen in Barcelona aber keine friedliche Lösung akzeptiert. Im Gegensatz zum Verhalten von VW in den USA gesteht die Firma Kunden in Spanien ihr Recht nicht zu.

Übrigens: Die spanische Verkehrsagentur Dirección General de Tráfico, DGT, scheint angesichts der geschönten Abgaswerte ja auch ein wenig verwirrt.

Das ist der Beweis, wie absurd die spanische Verwaltung arbeitet: Die DGT hat Aufkleber an Autobesitzer verschickt, mit denen besonders gute Energieeffizienz bestätigt werden sollte. Aber sie haben sie auch an Leute geschickt, bei deren Autos mittlerweile erwiesen ist, dass sie die Anforderungen nicht erfüllen. Diese Blamage zeigt, wie leichtsinnig sie mit dem Thema umgehen.

Wann werden Verbraucherschutzorganisationen auch die Rechte der Verbraucher von nichtkommerziellen Gütern vertreten? Im VW-Fall wäre das etwa das Recht auf saubere Luft.

Bei FACUA haben wir uns dafür eingesetzt, dass das Gesundheitsministerium und das Umweltministerium in diesem Fall Ermittlungen aufnehmen sollten. Denn es handelt sich doch auch um Umweltverschmutzung und einen Angriff auf die allgemeine Gesundheit. In Studien wurde schon prophezeit, dass dies zu verfrühten Todesfällen

führen wird. Aber die Ministerien äußern sich nicht. Der einzige, der etwas zu VW sagte, war der ehemalige Industrieminister José Manuel Soria, der im vergangenen Jahr wegen der »Panama Papers« zurückgetreten ist. Er forderte aber keinen Cent von VW, sondern bot dem Konzern im Gegenteil Subventionen in Höhe von 200 Millionen Euro an, damit die Firma an Investitionen in Spanien festhält.

Rubén Sánchez ist Sprecher der Verbraucherschutzvereinigung FACUA, Federación de Consumidores en Acción

<http://www.jungewelt.de/artikel/307401.ein-angriff-auf-die-allgemeine-gesundheit.html>